

WA-01-002 "Den DDR-Dopingopfern weiterhin zur Seite stehen – Das Hilfesgesetz des Bundes entfristen und an einer dauerhaften Rentenlösung arbeiten!"

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 15.10.2018
Status: Behandelt

Änderungsantrag zu WA-01

Von Zeile 1 bis 4:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennt sich weiterhin solidarisch mit den Opfern des DDR-Staatsdopings. Wir fordern daher ~~kurzfristig~~ die Entfristung des Zweiten Dopingopfer-Hilfesgesetzes über 2019 hinaus und langfristig den Zugang zu einer Rente nach ~~dem Opferentschädigungsgesetz~~den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen für alle nachgewiesenen Dopingopfer.

Begründung

Die Koalitionsfraktionen haben im Bundestag bereits eine längere Entfristung des Zweiten Dopingopfer-Hilfesgesetzes, nämlich bis Ende 2019, eingebracht. Deshalb fordern wir eine Entfristung darüber hinaus. Die Anerkennung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen ist einfacher als nach dem Opferentschädigungsgesetz, weshalb wir diesen Weg vorschlagen.